

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Sachsen-Anhalt
Seniorenvertretung
der Bezirke in den
Neuen Bundesländern**

Ansprechpartner: Klaus Vollhardt* Am Breiten Pfuhl 7*
06130 Halle* Tel.: 0345 4441966* Mail: klavoll@t-online.de

**Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern, bitte beachtet die
Nachbemerkungen von Kollegen Vollhardt.**

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand **-Dr. Ursula Engelen Kefer-**
Henriette- Merz- Platz 2

10178 Berlin

Liebe Kollegin Engelen Kefer,

**wir sind bereit, notwendige Reformen und damit verbundene Einschnitte mit zu
tragen. Jedoch muss die Ausgangsbasis gleich sein.**

Das Thema Ostrente bewegt mittlerweile unzählig Betroffene, die Politik, die Einzel-
gewerkschaften, Sozialverbände, die Justiz u. a. Ein Wunder ist das nicht! Wir warten
nunmehr 15 Jahre auf Gleichberechtigung im Sinne Artikel 3, Grundgesetz.

Die Politik hat uns, **mit Billigung der Gewerkschaften**, die Angleichung des Aktu-
ellen Rentenwertes (ARW) bis 1996 versprochen.

Mittlerweile sind u. a. durch die Einschnitte im Gesundheitswesen, den Preissteige-
rungen (die Preise für lebensnotwendige Ausgaben sind zum Teil im Osten höher als
im Westen) sowie wiederholte Nullrunden ohne Inflationsausgleich,
Umstände eingetreten, die uns veranlassen, Protest ein zu legen.

Wir wissen durch unsere ehrenamtliche Arbeit in den Gewerkschaften und im DGB,
dass die Zahl der Austritte aus den Gewerkschaften gerade wegen dieser Problema-
tik erfolgte und weiter steigt, wenn der Bundesvorstand des DGB und führende Kräfte
der Einzelgewerkschaften ihre Blockadehaltung zu diesem Thema aufrecht erhalten.

Wir stellen fest, dass die führenden politischen Kräfte im Bundestag und den Län-
dern sowie in den Medien das Thema ARW Ost zum Tabu erklärt haben, was u. a.
bei allen diesbezüglichen Talk- Shows und den Medien zum Ausdruck kommt.

**Ein parlamentarischer Staatssekretär im Sozialministerium hat uns zu diesem
Thema mitgeteilt, dass man „die Angleichung des ARW den westdeutschen
Rentnerinnen und Rentnern nicht vermitteln kann“.** Diese Aussage macht deut-
lich, dass es weniger um die Herstellung von Gerechtigkeit geht, sondern dass man
politische Nachteile fürchtet.

Wir kritisieren gleichermaßen die führenden Gewerkschaftsfunktionäre mit ihrer Blo-
ckade-Haltung zu diesem Problem.

Der Europäische Gerichtshof hat in ähnlicher Angelegenheit, erst vor kurzem, die „pauschalisierte Diskriminierung“ festgestellt. Dieser Hinweis betrifft genau so die Diskriminierung einer ganzen deutschen Region hinsichtlich ARW.

Dir liegen bereits mehrere diesbezügliche Dokumente vor. Die jeweiligen Antworten haben uns nicht befriedigt, da sie sich ausschließlich auf die aktuelle Gesetzeslage bezogen haben und keinerlei Einlenken, bzw. Zusagen zur Lösung des Problems enthielten.

Wir möchten gern, dass sich der Bundesvorstand endlich entschließen kann, den ARW Ost zu thematisieren.

Uns steht eine Vielzahl von Argumenten, Beweisen, Vorschlägen zur Verfügung, die die Machbarkeit, aber auch die Notwendigkeit, der Anpassung des ARW bis 2010 belegen. Als Anlage übergebe ich die vom DGB Sachsen- Anhalt und ver.di Sachsen- Anhalt herausgegebene Broschüre, die von der Arbeitsgruppe mit Vertretern der 5 NBL erarbeitet wurde.

Wir schlagen vor, in Kürze eine Diskussionsrunde zu diesem Thema unter der Führung des DGB- Bundesvorstandes ins Leben zu rufen. Solltest Du diesem Vorschlag positiv gegenüber stehen, dann werden wir Dir gern die Teilnehmer unsererseits nennen.

Abgesehen von dieser aktuellen Problematik sollten die Seniorinnen und Senioren eine basis- orientierte Vertretung im BV erhalten. Gelegenheit dazu könnte ein entsprechender Beschluss zum Kongress im April 2006 sein.

Liebe Kollegin Engelen Kefer,
ich bitte Dich, Deine Persönlichkeit für unser Anliegen einzusetzen und Kollegen Sommer zu informieren. Wir brauchen ein positives Signal!

In Anbetracht der Bedeutung dieses Themas für unsere Mitglieder erlaube ich mir, dieses Schreiben als offenen Brief zu behandeln und ausgesuchten Mitgliedern und Funktionären zur Verfügung zu stellen.

Halle, im November 2005

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
und
meinen persönlichen Wünschen
für ruhige und besinnliche Weihnachtstage
sowie
ein erfolgreiches Neues Jahr.

Anlage: Broschüre DGB Landesverband Sachsen-Anhalt; ver.di Bezirk Sachsen- Anhalt/Süd (Hrsg.): Vorschlag zur Anpassung des aktuellen Rentenwertes Ost an West. Halle 2005

Nachbemerkungen von Kollegen Vollhardt - Kolleginnen und Kollegen aus den Neuen Bundesländern bitten um Verständnis und Solidarität

Die Medien und verantwortliche Politiker verkünden, dass die Renten im Osten höher sind. Im Einzelfall ist das richtig. Man muss die Vita, sprich das Arbeitsleben, in den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen berücksichtigen. Im Osten haben u. a. 99 % der Frauen durch Arbeit die Rentenpunkte erarbeitet. Im Westen standen sie am "Kochtopf". Die Ausbildung der meisten Frauen im Osten endeten mit dem Abschluss Facharbeiter, ein großer Anteil hat den Fach- oder Hochschulabschluss. Das führt natürlich zu einer höheren Punktebewertung, ändert aber nicht an der ungerechten Bewertung durch den niedrigeren ARW. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im Westen eine Vielzahl Menschen zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung private Vorsorge treffen konnten, die u. a. im Eigentum von Immobilien, Betriebsrenten, Zinserlösen und Versicherungen bestehen.

Ich mahne deshalb die Solidarität westdeutscher Gewerkschafter mit den ostdeutschen gesetzlich versicherten Rentnerinnen und Rentnern an. Immerhin ist die aktuelle Rentnergeneration mit rund 90 % betroffen. Solidarität dürfte bei Gewerkschaftern aller Bundesländer Selbstverständlichkeit sein.

Im Schreiben an Kollegin Engelen Kefer habe ich vorgeschlagen, wenn es zu einer Aussprache kommt, unsererseits die Teilnehmer zu benennen. Gern würde ich auch Mitstreiter aus den Alten Bundesländern nennen, weil deren Mitwirkung im demokratischen System der Meinungsbildung und im Verlauf der Überzeugungsarbeit wichtig ist.

Klaus Vollhardt